

Strategievorschlage

Bündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn

Ratschlag 2024

24.11.2024

Kiezraum im Dragoner Areal

Bündnis gegen Verdrängung und
#Mietenwahnsinn

Liebe Inis und alle stadtpolitisch Engagierte,

seit langem wissen wir, dass wir in der Mieten- und Wohnungspolitik von den Protagonist:innen der parlamentarischen Politik und der kapitalistischen Wirtschaft nichts Zufriedenstellendes erwarten können.

Die Errungenschaften der Mietenbewegung der letzten Jahre, wie beispielsweise der Mietendeckel oder die Umsetzung des Vorkaufsrechts, wurden wieder zurückgenommen. Das Mietrecht, das sowieso nur geringen Schutz für uns bietet, wird weiter verstümmelt oder gar nicht erst beachtet. Die Vergesellschaftung wird trotz des eindeutig gewonnenen Volksentscheids vom Senat nicht mal in Angriff genommen. Häufig konzentrieren wir uns daher darauf zu erhalten, was noch da ist, anstatt für das zu kämpfen, was es noch nicht gibt.

Wir wissen, dass wir als Mietenbewegung viel erreichen können. Wir Mieter:innen sind die Mehrheit in dieser Stadt - aber wie können wir durchsetzungstärker werden? Viele stadtpolitische Gruppen und Initiativen sind Teil unseres Bündnisses, viele aber auch nicht. Oft arbeiten wir parallel, viele kennen wir auch gar nicht. Das wollen wir ändern. Wir wissen, wir sind mehr als nur die, die auf dem Plenum sitzen; wir vertreten alle Mieter:innen und Betroffene von Wohnungslosigkeit, Zwangsräumungen und Wohnungsnot.

Wir haben aber das Gefühl, dass wir in unseren Aktivitäten zu Mieten- und Wohnungspolitik schon länger in einer Krise stecken. Das heißt nicht, dass wir keine Erfolge mehr verbuchen; dennoch zweifeln wir zunehmend an der Wirkmächtigkeit von uns als Mieter:innen. Wir haben viele offene Fragen. Wo sind unsere Hebel? Wo sind wir wirksam? Wie werden wir mehr? Wie gehen unsere Kämpfe über Abwehrkämpfe hinaus? Deswegen denken wir, wir brauchen eine strategische Debatte mit allen aktiven Mieter:innen in der Stadt, um gemeinsam diesen Fragen auf den Grund zu gehen. Es ist ein Aufbruch in unserer Bewegung zu spüren. Wir wollen gemeinsam unsere Flaute der letzten Jahre überwinden.

Deswegen geben wir nicht auf, sondern haben zu diesem Ratschlag eingeladen.

Denn in den Initiativen und auch außerhalb gibt es zahlreiche Menschen mit Visionen, Plänen, Wissen und Fantasien für eine „bessere Welt“, eigentlich sogar für viele „bessere Welten“. Viele von ihnen arbeiten täglich daran, ihre Ideen umzusetzen. Das empfinden wir als wohltuenden Kontrapunkt zu unserem gehetzten Alltag im neoliberalen Kapitalismus, der uns häufig das Gefühl gibt, auf uns allein gestellt zu sein. Lasst uns eine neue Grundlage für unsere Arbeit schaffen! Wir wollen uns gemeinsam mit unseren Kräften und unserem Wissen eine neue Suppe kochen, die uns nährt, stärkt und deren Rezept wir verbreiten werden. Wir sind viele und wir wollen uns dessen wieder bewusst werden. Lasst uns beraten, wie wir mit der Situation umgehen wollen, lasst uns Taktiken ersinnen und Tricks lernen, lasst uns die Machenschaften und Unterlassungen der Politik aufdecken und benennen. Konkret heißt das, wir möchten mit möglichst vielen Initiativen und aktiven Mieter:innen der Stadt diskutieren und gemeinsam Entscheidungen treffen. Wir wollen überlegen, wie wir unsere Kräfte bündeln. Wir müssen nicht auf alles eine Antwort haben. Aber wir wollen feststellen, wo wir gemeinsam einen Hebel bedienen können, wo wir lautstark antworten können.

Wir wollen auf der Grundlage unserer jeweiligen Analyse der Situation, unserer Visionen und vor allem der erlebten Erfahrungen diskutieren. Dieser Ratschlag stellt dafür nur den Auftakt dar. Wir wollen einen gemeinsamen, kontinuierlichen Prozess der Debatte, Reflexion und vor allem der Praxis.

An die Arbeit!



Fragen

Um die Debatte vorzubereiten haben wir im Vorfeld alle Gruppen nach einem Vorschlag für eine Analyse und für unsere gemeinsame Zukunft gebeten. Dafür haben wir gefragt:

ANALYSE:

Was waren zentrale Erfolge in den letzten Jahren als Mieter*innenbewegung, wo haben wir verloren?

Warum sind wir aktuell in einer Phase der Demobilisierung?

Wie haben wir es bisher konkret geschafft Druck auf die Politik und Vermieter*innen aufzubauen?

ANSATZ:

Was braucht es, damit wir als Bewegung/als Bündnis an Stärke zunehmen?

Wie können wir mehr Leute einbinden?

Was ist unser Plan to win?

LÖSUNGSVORSCHLAG:

Was muss konkret passieren, damit das passiert?

Was ist eure Idee für das Bündnis?

Wo seht ihr die Mieter*innenbewegung oder unser Bündnis 2030?



Vorschlag der Mieterinitiative Elstal

Zur Initiative:

Um uns für mehr Transparenz bei lokalen Wohnungs- und Mietangelegenheiten einzusetzen, haben wir im Mai 2019 die „Mieterinitiative Elstal“ gegründet. Seitdem ist viel passiert.

Mehr über uns auf unserer Website: mieterinitiative-elstal.jimdosite.com

ANALYSE: Erfolge und Herausforderungen der Mieter

*Was waren zentrale Erfolge in den letzten Jahren als Mieter*innenbewegung, wo haben wir verloren? Warum sind wir aktuell in einer Phase der Demobilisierung? Wie haben wir es bisher konkret geschafft, Druck auf die Politik und Vermieter*innen aufzubauen?*

Unsere Antwort:

Deutschlandweit findet bei Vonovia eine Drangsalierung der Mieter durch strategisch angelegte, renditeorientierte Betriebskostenkampagnen statt. Besonders in der Elstaler Hochburg von Vonovia im Havelland werden Mieter immer wieder Opfer manipulierten und fehlerhaften Betriebskostenforderungen. Mangelhafte Kommunikation und falsche Versprechungen des Unternehmens führen bei den Mieter zu Resignation, Verzweiflung und Wut.

Hier heißt es, mit einflussreicher Unterstützung der zuständigen Politiker uns Schutzbefohlene endlich vom Joch der profitorientierten Miethaie zu befreien und geltendes Recht umzusetzen, anzuwenden oder auszubauen – denn wir sind eine soziale Marktwirtschaft! Bisher wurden Mieter jedoch politisch im Stich gelassen, Volksentscheide ignoriert und der Lobby von Großkonzernen entsprochen.

Wir müssen darauf pochen, dass sich eine soziale Partei den sozialen Problemen der Mieter

öffnet und sich auch eine christliche Partei an ihre damit verbundene Verpflichtung erinnert. Sogenannte Erleichterungen (z.B. das Bürokratieentlastungsgesetz) dürfen nicht mit Nachteilen (wie z.B. reduzierter Einsichtsmöglichkeit in Originalunterlagen) verbunden sein. Entscheidungen über die Einbeziehung von Regionen in die Kappungsgrenzenverordnung dürfen nicht von ortsfremden Schreibtischen getroffen werden.

ANSATZ: Was braucht es, um als Bewegung oder Bündnis an Stärke zu gewinnen?

Wie können wir mehr Leute einbinden? Was ist unser Plan to win?

Unsere Antwort:

Große Hoffnung setzen wir auf das bundesweite Engagement von Knut Unger (vom Mieter Witten), der wirksame und folgenschwere Gegenmaßnahmen ergreift und propagiert, u.a. auf das Zurückbehaltungsrecht bei dubiosen Zahlungsforderungen durch Vonovia hinweist. Unger hat aktiv mit anderen Mietergruppen und -initiativen Kontakte aufgebaut und kürzlich das große Mieterbündnis „VoNO!via & Co“ gegründet. Seitdem kommuniziert er konstruktiv und erfolgreich mit dem Vorstand des DMB (Deutscher Mieterbund), um diesen auf Missstände hinzuweisen und zur Kooperation zu bewegen.

Ähnlich groß erlebten wir die Organisation „Mietenstopp!“ und das „Bündnis gegen Verdrängung und #Mietenwahnsinn“. Aber wir haben den Eindruck, dass diese bedeutenden Gruppen sich nicht ausreichend kennen, kontaktieren oder berücksichtigen. Genau das muss jedoch passieren: eine Kooperation der großen Gruppen und eine stärkere Vernetzung, um gegen den gemeinsamen Feind vorzugehen: die Miethaie!

Nur so können wir auch den DMB gewinnen und politische Entscheidungsträger großflächig in die Pflicht nehmen.

LÖSUNGSVORSCHLAG: Was muss konkret passieren, damit das Bündnis gestärkt wird?

Was ist eure Idee für das Bündnis? Wo seht ihr die Mieter*innenbewegung oder unser Bündnis 2030?

Unsere Antwort:

Bei einer großen Mietergruppenversammlung im Paul-Löbe-Haus 2023, bei der zahlreiche VIPs anwesend waren, wurde deutlich, dass Politiker oft ihrer Aufgabe nicht gerecht werden, sich adäquat für die Mieter einzusetzen. Die Gruppe „DW&Co enteignen“ erklärte, dass relevante Veränderungen nur durch eine allmähliche Änderung der Ausrichtung der Bevölkerung zum Thema „Mieten“ erreicht werden können – ähnlich wie der Paradigmenwechsel zur Diversität, der mittlerweile gesellschaftlich integriert ist.

Doch auch hier sehen wir eine Gefahr durch Wandlungen: Ursprüngliche Migrationshilfsbereitschaft wird zunehmend durch Remigrationspredigten antidemokratischer Gruppen

bedroht. Diese Gruppen stellen in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung Werte wie die Würde und die Freiheit des Einzelnen in Frage.

Die Politik stellt eine nicht zu vernachlässigende Kraft dar, die bei Mietproblemen unbedingt in die Verantwortung genommen werden muss. Darüber hinaus sollten zukünftig mehr große Demonstrationen unter Einbeziehung zahlreicher Mieter geplant und umgesetzt werden – idealerweise regelmäßig. Auch Pressekampagnen wären förderlich, ebenso wie Onlineauftritte, die Verbreitung schriftlicher Handreichungen für die Beratung von Mieter, die Stärkung linker Politik durch Parteieintritte und eine verstärkte Einbindung des DMB/Mieterbundes und von Rechtsanwälten.

Resümierend kommen wir zu dem Schluss, dass nur ein gesunder Mix aus all diesen Maßnahmen eine relevante Änderung auf den Weg bringen kann – keinesfalls aber eine Zersplitterung in unzählige Kleingruppen, die sich untereinander weder kennen noch berücksichtigen.



Gemeinsam zu organisierter Stärke Vorschlag der Mieter*innengewerkschaft Berlin

Vorweg

In den letzten Jahren haben wir als Berliner Mieter*innenbewegung mehr erreicht, als uns manchmal klar ist. Für uns fühlt es sich vielleicht gerade so an, als würden wir uns im Kreis drehen, aber was wir an Druck aufgebaut haben und damit einen Mietendeckel erzwungen, Vermieter*innen wie Akelius vergrault oder Mehrheiten für eine Enteignung mobilisiert haben, ist in Europa fast einmalig.

Auf diesen Erfolgen müssen wir aufbauen. Hoffnung fällt nicht vom Baum, sondern entsteht durch unser Handeln. Die Mieter*innenbewegung ist ein schlafender Riese, wir sind Teil eines schlafenden Riesen. Wir können gewinnen und wir wollen.

Trotzdem haben wir wie so viele in der Bewegung das Gefühl, dass es gerade nicht weitergeht, dass wir stagnieren. Denn während unsere Erfolge oft wenig sichtbar sind, lachen uns unsere Niederlagen in Formen wie dem Amazontower oder den AirBnB-Schlüsselkästen überall an.

In den letzten Jahren haben wir als Mieter*innengewerkschaft Berlin viel analysiert, neu ausprobiert, sind auch mal gescheitert, versuchen daraus zu lernen und haben Kämpfe gewonnen.

Gegenmacht

*"Du weißt, das wird passieren,
wenn wir uns organisieren."*

Ton Steine Scherben, 1971

Unsere Gegner*innen erscheinen uns manchmal übermächtiger, als sie sind, und das, obwohl wir sie schon häufiger zum Wanken gebracht haben. Doch auf das Hoch unserer Bewegung von 2017–2021 folgte eine Demobilisierung, aus der wir uns gerade erholen. Die Entwicklung der

Mieter*innenbewegung verläuft wie die jeder Bewegung wellenförmig. Das wird auch so bleiben. Doch um die Wohnungen wirklich dem Markt zu entziehen, um größere Erfolge zu erzielen, brauchen wir langen Atem. Für das Frauenwahlrecht wurde 75 Jahre gekämpft und die Anti-Atombewegung hat 50 Jahre gebraucht, bis das letzte Werk abgeschaltet wurde.

Gleichzeitig muss unser Druck weniger diffus und präziser werden. Wir sind uns alle einig, dass Apelle nicht allein reichen werden. Zu sehr profitieren die Politiker*innen selbst von den Profiten, zu sehr schützt das Kapital den Wohnungsmarkt und zu stark sind die Interessen der Vermieter*innen. Der Wohnungsmarkt ist eine Umverteilungsmaschine nach oben, die die Reichen nicht so leicht aufgeben werden.

Wir denken, was es braucht, ist echte Gegenmacht. Eine starke Organisierung, die die Vermieter*innen wirklich in die Knie zwingen kann. Die den Umweg um die Politik nur bedingt braucht, die selbst Verbesserungen durchsetzen kann. Was eine solche Organisierung ausmacht, möchten wir an 4 Charakteristika festmachen:

1. Langfristigkeit

Unsere aktuellen Initiativen hängen viel an Einzelpersonen, die diese Gruppen durch weniger lebendige Phasen tragen. Unsere Kapazitäten als Inis schwanken stark und neue Inis entstehen und verschwinden wieder. Auf der anderen Seite leisten die Mietervereine starke individuelle Beratung, aber trotz vieler Mitglieder fehlt ihnen die breite Basis. Eine Organisation mit geballten Ressourcen kann langfristig an einer Strategie arbeiten und hat die Ressourcen, auch "Bewegungsdürren" zu überstehen.

2. Arbeitsteilung

In vielen Initiativen machen wenige Leute viele Aufgaben und oft ähnliche, wie in der Initiative im Nachbarkiez. Durch eine Bündelung können wir uns besser auf das fokussieren, was wir gut können, und unsere Arbeit hat einen größeren Einfluss.

3. Koordinierung der Kapazitäten vieler Leute

Am Ende sind wir auf die Massen der Mieter*innen angewiesen. Je besser wir uns organisieren und desto besser wir gemeinsam große Pläne machen können, desto mehr Gegenmacht können wir aufbauen. In einer Organisation mit formeller Mitgliedschaft kann das demokratischer stattfinden als in einer losen Bewegung, wo es wenig formelle Beteiligung und selten eine offen diskutierte Strategie gibt.

4. Die Kampfmittel

Aktuell probieren wir als Bewegung an verschiedenen Orten ganz viele Taktiken aus, aber häufig geht das Wissen verloren oder wir sind zu wenige, um es weiterzuentwickeln. Als Organisation können wir strategisch Kampfmittel entwickeln, proben und weiterentwickeln. Vom kollektiven Einhalten der Nebenkostennachzahlung oder der kleinen Blockade bei der Zwangsräumung bis zum Mietstreik oder zur erfolgreichen Hausbesetzung.

Natürlich gibt es auch Bedenken gegen formelle Organisationen. Zu langsam, zu bürokratisch, zu hierarchisch. Dazu kommt eine kulturelle Abneigung, die tief in den autonomen Wurzeln unserer Bewegung liegt. Auch viele in der MGB sind Anarchist*innen und waren Organisationen wenig offen gegenüber.

Doch die Erfahrungen in unseren Initiativen haben uns gezeigt, dass wir damit nicht weiterkommen. Wir sind überzeugt, dass wir lebendige Massenorganisationen brauchen (mit den Massen, die wir bereits auf die Straße bekommen haben), um real Gegenmacht zu entwickeln. Auch um demokratischer zu sein. Unsere Inis sind zu oft eher Freund*innenkreise als offene Nachbarschaftsgruppen, die vom Engagement weniger abhängen und es kaum schaffen zu wachsen. In denen oft wenige entscheiden, was wirklich passiert. Wir denken, dass wir Wachstum bewusst und mit langem Atem angehen müssen und dafür alte Reflexe gegen Organisationsformen über Bord werfen müssen.

Unser Vorschlag

Unser Vorschlag ist, sich fester zu organisieren als Mietenwahnsinnbündnis. Aktuell sind wir ein loser Haufen, zu dem Leute und Gruppen kommen, wann und wie sie wollen, und in dem wir die Kapazitäten, die wir eigentlich haben, kaum gemeinsam strategisch nutzen. Wir haben zwei Vorschläge, wie wir das konkret umsetzen können:

1. Das Bündnis erneuern und festigen

Unser erster Vorschlag ist, für ein Jahr eine engere Form der Organisation als Bündnis zu testen. Wir behalten unsere Inis und Vereine bei und commiten uns gleichzeitig stärker füreinander. Als Grundlage davon braucht es unserer Meinung nach eine feste Mitgliedschaft von Inis im Bündnis. Dazu wird jede Initiative und jeder Mieter*innenverein, der oder die es will, formell Mitglied. Sie gibt an, über wie viele wirklich Aktive es verfügt und in welchem Rahmen es verbindlich im Bündnis am Start ist.

Die lokalen Initiativen werden als Ortsgruppen des Bündnisses verstanden, die bei Anfragen an diese vermitteln. Die übergreifenden Kampagnen wie DWE oder Anmeldung für Alle werden als inhaltliche Kampagnen verstanden, die das ganze Bündnis mitträgt. Statt zufälligen Leuten werden die Gruppen angehalten, zwei wechselnde Delegierte ins Bündnis zu schicken, um die kollektive Identifikation mit dem Bündnis zu stärken. Eventuell wird die Anzahl der Treffen dafür gesenkt, um den Arbeitsaufwand für die Gruppen nicht zu groß zu machen.

Im Bündnis wird eine langfristige Strategie entwickelt, die eine Vision für den Wohnungsmarkt (bzw. sein Ende) und den Weg dahin festmacht. An diese wird sich kollektiv alle drei bis sechs Monate für eine gemeinsame Aktion entschieden, die entweder gemeinsam organisiert wird oder bei der möglichst alle Initiativen im Bündnis eine andere Initiative unterstützen. Das kann eine mittelfristig angekündigte Zwangsräumung mit Erfolgsaussicht, eine Sammelphase von DWE, ein Organizingflash, ein großer Block auf einer Klima- oder 8. März-Demo oder anderes sein. Dabei verlangen wir kollektiv von uns die Verbindlichkeit ein, die wir alle zugesagt haben. Anschließend feiern wir regelmäßig im Jahr gemeinsam unsere Erfolge, bei denen viele Leute aus unseren Initiativen zusammenkommen.

2. Schließt euch an

Es wäre unehrlich von uns, wenn wir diesen Vorschlag nicht machen. In den letzten Jahren haben wir diese Überlegungen genauso häufig diskutiert und darauf basierend unsere Gewerkschaft

aufgebaut. Wir haben ein Mitgliedschaftskonzept und eine -verwaltung entwickelt, wir haben einen gemeinsamen Kampfplan, den wir stetig weiter ausbauen, wir haben aktuell drei Ortsgruppen und eine Mitgliederversammlung, bei der wir als Delegierte zusammenkommen. Wir führen schon jetzt Kämpfe, die die realen Bedingungen von Mieter*innen verändern und können regelmäßig Erfolge feiern, die in unserer eigenen Macht stehen. Darüber bauen wir langsam Hoffnung auf und vergrößern die Möglichkeiten, die wir im Kampf haben.

Wir führen jetzt Kämpfe, die wir gewinnen können, um in Zukunft die großen Kämpfe gewinnen zu können. Seit letztem Jahr ist unsere erste Aufbauphase fertig und wir sind in 12 Monaten von 75 auf 170 zahlende Mitglieder gewachsen. Das Kieztreffen Pankow hat sich angeschlossen und Perspektive Selbstverwaltung sowie die Plattform Berlin haben begonnen, sich offiziell in der MGB zu organisieren. Aber trotzdem sind wir noch nicht groß, wir sind auch noch viel von dem Engagement einzelner abhängig und haben auch unsere Momente der Zweifel.

Gleichzeitig sind wir vom Konzept der Mieter*innengewerkschaft überzeugt und sicher, dass wir den erfolgreichen Weg, den unsere befreundeten Mieter*innengewerkschaften in London, Madrid, Toronto, Saint Denis oder Dublin gehen, auch beschreiten können. Wenn mehr Menschen oder Gruppen aus dem Bündnis sich anschließen wollen, sind wir dafür immer offen. Bei einem größeren Interesse sind wir natürlich auch bereit, über inhaltliche Grundsätze der MGB neu zu diskutieren. Die Gewerkschaft ist für uns kein Eigenzweck, sondern ein Werkzeug und wir möchten das mit euch gestalten und nutzen.

Liebe Grüße,

Mieter*innengewerkschaft Berlin



Zur aktuellen Situation der Mietenbewegung in Berlin von Hände weg vom Wedding

Liebe Genoss*innen,

wir freuen uns sehr, dass es vermehrt strategische Diskussionen um die Zukunft der Mietenbewegung in Berlin gibt und der "Mietenpolitische Ratschlag" organisiert wird! Viele unserer Gedanken, die wir in diesem kurzen Text teilen, sind auch ausführlicher in unserer Analyse formuliert, die wir letztes Jahr geschrieben haben. Wenn Interesse besteht, dann lest doch gerne mal rein! [Link zur Analyse](#)

Trotz einiger großer Aktionen (wie den Mietenwahnsinns-Demos und dem Volksentscheid "DW & Co. enteignen") hat sich die Lage für Mieter*innen in den letzten Jahren signifikant verschlechtert. Der Mietendeckel wurde durch Gerichte gekippt, das Vorkaufsrecht ausgehöhlt und die Umsetzung des Volksentscheids erfolgreich durch die Berliner Landesregierung verschleppt.

Als Reaktion hat sich in der Mietenbewegung eine tiefe Hoffnungslosigkeit breitgemacht, dass tatsächliche Verbesserungen erreicht werden könnten und sich unsere Kämpfe lohnen.

Aktuell fehlt es der Berliner Mietenbewegung an einer gemeinsamen Ausrichtung. Stattdessen gibt es eine Vielzahl von losen Initiativen. Aus unserer Sicht haben mehrere Faktoren zu diesem Zustand beigetragen:

- Ein fehlender Aufbau von verbindlichen Strukturen und Organisationen.
- Fehlende Verbindung zu anderen politischen Kämpfen.
- Fehlende strategische Diskussionen und gemeinsames Umsetzen von Entscheidungen.
- Ein falscher Fokus auf das Organisieren von Großdemos.

Allzu oft hat sich die Mietenbewegung auf Bezirks- und Landespolitik verlassen. An tatsächlichen Druckmitteln oder Machthebeln mangelte es häufig, sodass Versprochenes nicht umgesetzt wurde und keine Konsequenzen folgten.

Unser Ansatz: Wie kann die Mietenbewegung wieder gestärkt werden?

Wir glauben, dass die Mietenbewegung gewinnen kann, wenn wir wieder die konkreten Konflikte in den Häusern in unseren Fokus nehmen, anstatt Politiker*innen hinterherzurennen in der Hoffnung, dass sie den Ausverkauf unserer Stadt verhindern. Nur in konkreten Konflikten bauen wir Beziehungen zu Menschen auf, vermitteln Perspektiven auf Verbesserungen und errichten wehrhafte Mieter*innenräte innerhalb der Häuser. So kann auch unsere Bewegung wieder langfristig und nachhaltig wachsen, um irgendwann genug Druck auf die Straße bringen zu können, damit sich auch politisch etwas verändert.

Für die Praxis von *Hände weg vom Wedding* haben wir 7 Kernpunkte erarbeitet, denen wir folgen wollen:

1. Basisarbeit ist zentral

Rein in die Kieze und Häuser, weg von Insta und Petitionen!

2. Gemeinsames Klassenbewusstsein schaffen

Unsere Kämpfe müssen von Anfang an so geführt werden, dass sie über den eigenen Tellerrand hinausreichen. Wir kämpfen nicht (nur) für die Interessen einer Mietpartei, sondern für die Interessen aller Mieter*innen.

3. Erfolge selbst erkämpfen und absichern

Allzu häufig werden Konflikte von Politiker*innen, Rechtsanwält*innen und vor Gericht ausgetragen. Es muss aber klar sein: Die Mietenkrise kann nur von uns selbst gelöst werden!

4. Menschen langfristig organisieren und ausbilden

Nur so können wir langfristig kämpfende Strukturen aufbauen!

5. Kämpfe planvoll aufbauen und nicht allem hinterherrennen

Es ist wichtig, die richtigen Kämpfe zur richtigen Zeit zu führen und nicht unvorbereitet auf alles zu reagieren.

6. Es fehlt nicht an Wut, sondern an Hoffnung

Unsere Aufgabe ist es, eine klassenkämpferische Perspektive aufzuzeigen und Schritt für Schritt gemeinsam zu erkämpfen.

7. Es geht ums Gewinnen!

Nichts beflügelt Menschen mehr, als gemeinsam ein Ziel erkämpft zu haben – und sei es noch so klein!

Forderungen für das Berliner Mietenwahnsinn-Bündnis

Für das Berliner Mietenwahnsinn-Bündnis wünschen wir uns eine Abkehr von großen Demos und Petitionen – beides bringt aus unserer Sicht eher wenig. Stattdessen wünschen wir uns einen Fokus auf konkrete und nachhaltige Aufbauprozesse in Häusern, Verwurzelung in den Kiezen, Strategiedebatten und gegenseitiges Lernen voneinander. Wir wünschen uns Delegierte der einzelnen Initiativen sowie eine demokratische und transparente Entscheidungsfindung, die nicht von Einzelpersonen dominiert wird.

Wenn der Aufbau eines solchen Bündnisses gelingt, hat die Mietenbewegung in Berlin eine Chance, mindestens genauso groß zu werden wie die Krise auf dem Berliner Wohnungsmarkt!

Mit solidarischen Grüßen,

Hände weg vom Wedding



Überlegungen zu einer neuen Mietenbewegung von Deutsche Wohnen & Co. enteignen

Analyse

Die neue Mietenbewegung – entstanden etwa 2008 mit dem Beginn der globalen Finanzkrise – hat, wie jede soziale Bewegung, verschiedene Mobilisierungszyklen durchlaufen, mit Hochphasen und Phasen der Demobilisierung. Kontinuität entstand, weil die Wohnungsnot in Berlin so drückend ist – und immer drückender wird – dass sich immer wieder neue Initiativen gründeten und vernetzten. Diese waren insbesondere bei konkreten und umsetzbaren Zielen wirksam, wie z.B. bei Kämpfen für die Nutzung des Vorkaufsrechts oder bei Volksentscheiden (2015, 2021).

Breite gewann die Bewegung durch niedrigschwellige Aktionsangebote, indem durch Unterschriften passive Zustimmung eingesammelt wurde oder familienfreundliche Großdemonstrationen durchgeführt und mit konkreten realpolitischen Forderungen verknüpft wurden.

Politischen Druck erzielte die Mietenbewegung aus dieser Breite. Sie ließ sich nicht als Szeneveranstaltung abmoderieren, sie gewann Massen für systemkritische, teils antikapitalistische Ziele – ohne diesen Antikapitalismus als Bekenntnis vor sich herzutragen. Sie machte ihn stattdessen im Alltag nützlich: Ihre zentralen Forderungen zielten darauf, Wohnraum als Ware abzuschaffen und als öffentliche Daseinsfürsorge neu zu definieren.

Auf diesem Weg wurden dennoch bisher bestenfalls unbefriedigende Teilerfolge erzielt. Diese waren gerade so gut, dass die Menschen merkten: Protest lohnt sich – aber nie gut genug, dass die Mietenkrise grundsätzlich gelöst wurde. Von den drei Säulen der Mietenbewegung – Massendemonstrationen, Volksentscheide und Nachbarschaftsinitiativen – hat keine das Jahr 2021, das Jahr des erfolgreichen Volksentscheids „Deutsche Wohnen & Co enteignen“, unbeschadet überstanden.

Hauptursache der aktuellen Demobilisierung sind jedoch nicht die Jahre der Corona-Pandemie, sondern eine politische Perspektivlosigkeit. Der Glaube an die Umsetzbarkeit von Reformen ist beschädigt: Der DWE-Volksentscheid ist nicht umgesetzt, und das Vorkaufsrecht sowie der Mietendeckel wurden 2021 vor Gericht beseitigt. Viele Menschen, die für diese konkreten Ziele gekämpft haben, sind resigniert; und ihrem Engagement sind in der neoliberalen Arbeitshetze enge Grenzen gesetzt.

Ansatz und Lösungsvorschläge

Will die Mietenbewegung an Stärke zunehmen, müssen die drei Druckmittel – Massendemos, Volksentscheide, Mieteninitiativen – wieder an den Start gebracht und konkrete Maßnahmen und Reformen gefordert werden, die im Alltag der Mietenden helfen und umsetzbar sind.

Das Mietenwahnsinnsbündnis hat mit seiner Demo 2024 einen Achtungserfolg erzielt, auf dem sich aufbauen lässt. Gleichzeitig entstehen stadtweit neue Kiezinitiativen durch nachhaltiges Organizing, und DWE bereitet einen nächsten Gesetzesvolksentscheid vor.

Aktuell ist zwar keiner dieser Anläufe stark genug, sich als Säule der Bewegung wieder voll aufzustellen und damit eine neue Hochphase der Bewegung zu stemmen. Gleichzeitig ist die Bewegung trotz Demobilisierung aber stärker als in vorherigen Flautephasen, als alles zusammenbrach und es keinerlei landesweite Akteur gab.

Das ist heute anders: Der Mieterverein ist bewegungsorientierter, DWE und seine Kiezteams haben ihre stadtweite Organisation bewahrt, mit dem Vonovia-Netzwerk gibt es eine neue stadtweite Betroffenenvernetzung.

Was fehlt, ist eine stadtweite inhaltliche und organisatorische Klammer. Wie kann diese geschaffen werden?

a) Wir treiben die Arbeit am Vergesellschaftungsgesetz voran

Vergesellschaftung ist „*revolutionäre Realpolitik*“, setzt im Hier und Jetzt an und bezieht sich auf Art.15 GG, weist aber über den Status Quo hinaus, weil ein Profit mit der Miete fundamental in Frage gestellt wird. Zur Durchsetzung brauchen wir einen konkreten Hebel wie einen Volksentscheid, um die Forderung nach Vergesellschaftung konkret wirksam werden zu lassen und die Bewegung handelnd darauf zu fokussieren.

Allerdings ist eine umfangreiche Vergesellschaftung von Wohnraum als Leitforderung, wie in der Hochphase der Mietenbewegung von 2018-2021, vertagt, bis der DWE-Gesetzesentwurf volksentscheidsreif ist. Vergesellschaftung kann daher derzeit nicht der zentrale Hebel der Mietenbewegung sein.

Vergesellschaftung ist natürlich nicht die einzige wichtige Maßnahme. Wir müssen als Bewegung auch andere Forderungen finden, um die sich breite Mehrheiten organisieren lassen und für die es einen Hebel gibt, um sie durchzusetzen.

b) Wir bringen das Thema Miete wieder stärker in die Öffentlichkeit

2021 ging es im Berlin-Wahlkampf als zentrales Thema um die Mietenfrage, weil sich alle Politiker zum Thema der Enteignung positionieren mussten und dieses den Wahlkampf bestimmte. Aus der gegenwärtigen Debatte ist das Mietenthema jedoch völlig verschwunden – vorrangige Themen sind Migration und Sicherheit, bei denen die linke Bewegung verliert.

Wir müssen es schaffen, dass die größte soziale Krise in der Stadt – die Mieten- und Wohnsicherheit – wieder zum zentralen Thema wird.

Als Bewegung müssen wir diskutieren: Wie werden wir gemeinsam öffentlich sichtbar und handlungsfähig? Aus Sicht von DWE sind die jährlichen Mietendemos dafür ein entscheidendes Element: Sie sind für uns ein Moment des Zusammenkommens und der Stärke und verschaffen uns viel Aufmerksamkeit. Wir sollten an die positiven Erfahrungen der Mietendemo vom Juni 2024 anknüpfen und diskutieren: Was heißt das für eine mögliche Großdemo 2025? Wann soll sie stattfinden, und welchen Schwerpunkt müssen wir – auch angesichts der Neuwahl – setzen?

c) Wir bauen die organisierte Mietenbewegung neu auf

Vergesellschaftung und alle anderen progressiven Veränderungen werden von unten erkämpft. Wir müssen daher überall in Berlin eine gut organisierte und wehrhafte Mietenbewegung aufbauen, die nicht nur links-aktivistisch ist, sondern in der sich breite Mehrheiten rund um konkrete materielle Interessen organisieren.

Unser DWE-Beitrag dazu ist das Kiezprojekt, mit dem wir gemeinsam mit dem BMV Mieten-Initiativen beim Aufbau unterstützen und konkrete Kämpfe gegen Immobilienkonzerne führen (gegen eine Heizkosten-Abzocke, gegen mangelnde Reparaturen, gegen illegale Mieterhöhungen...).

Die fünf Bezirke, in denen wir zusammen mit Mieter:innen der großen Immobilienkonzerne Mieter:inneninitiativen angestoßen haben, sind gut verbunden. Auch sind wir bei der landesweiten Vonovia-Vernetzung dabei. Dabei werden in der Mietenbewegung konkrete reformerische Forderungen mit radikaleren Fragen wie Enteignung und Vergesellschaftung verknüpft.

Unser Vorschlag zielt deshalb darauf, im strukturbasierten Organizing weite Teile der Mietenbewegung zu koordinieren, Ressourcen zu konzentrieren und kleinere Initiativen und Einzelpersonen einzubinden.

Als MWB müssen wir daher diskutieren: Wie kann sich das Bündnis noch stärker für Initiativen öffnen, die sich nicht in der links-aktivistischen Szene verorten? Wie müsste sich das Bündnis verändern, um zu einem Ort zu werden, an dem die gesamte Berliner Mietenbewegung zusammenkommt und sich austauscht? Wie können kleinere Initiativen und Einzelpersonen in ein stadtweites Organizing eingebunden werden?

d) Wir einigen uns als MWB auf konkrete Forderungen für das Jahr 2025

Welche das sein können, müssen wir gemeinsam diskutieren. Mögliche Anknüpfungspunkte wären die Debatten der Parteien um ein Wohnungsbewirtschaftungsgesetz, das die Marktfreiheit der Vermieter einschränken würde. Breit geteilt, aber nicht mit Druck verfolgt, wurden bisher Forderungen nach der Wiederherstellung von Vorkaufsrecht und Mietendeckel. Da sich diese Forderung an den Bundestag richten, müssen wir den Zusammenschluss mit Mietenbewegungen in anderen Teilen Deutschlands anstreben.

e) Wir ändern unsere Arbeit als MWB

Statt lediglich wechselseitig kleine lokale Kämpfe einzelner Initiativen zu unterstützen, setzen wir uns gemeinsame Ziele für einen bestimmten Zeitraum. Zur Erreichung dieser Ziele organisieren wir in regelmäßigen Abständen strategische Debatten mit dem Ziel konkreter Handlungsplanung.

Die goldene Zukunft im Jahre 2030 (schon so nah...)

- Der Gesetzesvolksentscheid zur Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne hat gewonnen; das Berliner Abgeordnetenhaus hat das Enteignungsgesetz umgesetzt. Etwa 240.000 Berliner Mietwohnungen wurden in eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) überführt.
- Der Mietendeckel wurde vom Bundesverfassungsgericht für rechtmäßig erklärt und bundesweit umgesetzt
- Der Berliner Mieterverein ist eine Mieter:innengewerkschaft geworden.



Weitere Texte

Neben den vier abgedruckten Strategievorschlägen haben und noch andere Texte von Initiativen erreicht. Sie erfüllen zwar nicht die von uns angefragten Bedingungen (von mehr als einer Einzelperson, Blick auf die gesamte Mietenbewegung und explizit die Fragen beantworten, die vorher gestellt wurden). Trotzdem denken wir es lohnt sich, die mit euch zu teilen.



Rund um die Hasenheide

Rund um die Hasenheide ist über die Entwicklungen verständlicherweise ziemlich bestürzt und wünscht sich und schlägt deshalb vor:

- Schluss mit kränkender Ausbeutung
- Schluss mit demokratischädigender Spaltung und Verblödung
- Schluss mit sinnentleerter Entwicklungsbremse und altertümlichem Machtgehampel
- Schluss mit der geldgeilen Zerstörung unseres Planeten und dem Eigentumsirrsinn (t.b.c.)

Und betreffend der Wohnungsnot sowie stadtpolitischen Irrtümern schon mal loslegen mit:

- **Sofortigem Mieten-Stopp**, politische Handlungsräume für Schutz von Mieter*innen öffnen
- **Schaffung von Bundes- und Kommunalbaugesellschaften**, die nicht an Profit oder Markt gebunden sind (Realkosten etc.)
- **Spekulativen und anderen Leerstand erfassen**, in Gemeineigentum überführen und nutzen
- **Keine Bürobauten mehr genehmigen**, die nicht bei Bedarf in Wohnhäuser gewandelt werden können
- **Investitionen nur noch in genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau** mit fester Sozialbindung
- **Wohnungen und Boden sollen Gemeineigentum werden**, damit Spekulant*innen nicht länger mit unserem Wohnbedarf Rendite machen
- **Mieter in die Erarbeitung der Lösungen für die Wohnungskrise einbinden**, damit Leitlinien in eine gerechtere Gesellschaft führen
- **Klimaschutz durch energetische Sanierung von Wohnungen** und den Umbau der Wärmeinfrastruktur fordern und finanziell fördern, ohne Erhöhung der Mieten
- **Soziale und kulturelle Errungenschaften und Felder fördern**, statt zurück zu kürzen
- **Redet mit denen, die Lösungen haben** und mit denen, die die Probleme verursachen und verschärfen

Es eilt!



KAMPF UM DIE MITBESTIMMUNGSRECHTE DER MIETER*INNEN – Berliner Aktion gegen Arbeitgeberunrecht

Ausgangssituation/Problemstellung

Es vergeht nicht eine Woche, in der nicht über neue Hiobsbotschaften über Mietensteigerungen, exorbitante Erhöhung der Nebenkosten, Zuspitzung der Wohnungsnot berichtet wird. Vor allem in den großen Metropolen, in denen Millionen von Angehörigen der arbeitenden Klasse konzentriert sind, in denen die nackte kapitalistische “Marktwirtschaft“ mittlerweile in alle Poren des gesellschaftlichen Lebens eingedrungen ist und die Plusmacherei das Wesen und die Entwicklung auch des sogenannten 'freien' Wohnungsmarktes bestimmen, kann sich der kapitalistische “Wohnungsmarkt“ mal mit “Unterversorgung“, mal mit “Übersorgung“ und ohne Krisen nicht entwickeln.

Wohnungsprobleme und Wohnungskrisen sind eine Dauererscheinung der kapitalistischen Gesellschaft! Auf der Grundlage des Privateigentums an Grund und Boden sowie von Wohnungshäusern ist eine sozialverträgliche Lösung oder Überwindung des Problems nicht möglich. Dazu muss die kapitalistische Gesellschaft und die Ausbeuterordnung sowie das Privateigentum von Grund und Boden überwunden werden! So wichtig es ist, sich das Grundübel und die Grundlösung der Problematik klar und deutlich vor Augen zu führen, kann und darf man sich aber nicht nur darauf beschränken, den notleidenden Menschen in der kapitalistischen Hölle ausschließlich grundsätzliche Lösungen und Hauptperspektiven anzubieten. Millionen Angehörige der arbeitenden Klasse sind dringend auf bezahlbaren und ausreichenden Wohnraum angewiesen. Ebenso sind sie auf durchsetzungsfähige Mittel und Organisationsstrukturen angewiesen, um ihre Not soweit wie möglich abzumildern und um die ständigen Attacken wie Mieterhöhungen durch die Vermieter*innen bzw. Wohnungskonzerne effektiv abzuwehren sowie die herrschende Politik massiv unter Druck setzen zu können.

Welche klaren Forderungen braucht eine starke und handlungsfähige Mietenbewegung, die sowohl grundsätzlich die rechtliche Lage der Betroffenen deutlich verbessern als auch eine rechtlich verankerte Organisierungsperspektive aufzeigen können?

Gibt es grundlegende Schwächen, die eine kollektive Organisierung und eine kollektive Handlungsfähigkeit der Mieter*innen in der BRD erschweren?

Welche Forderungen könnten der Mietenbewegung eine Perspektive bieten und eine reale Möglichkeit eröffnen, um die aktuelle Krise der Mietenbewegung zu überwinden?

Diese Fragen lassen sich besser und konkreter beantworten, wenn man zwei grundlegende Bereiche der arbeitenden Menschen und der Mieter*innen vergleicht: Den Bereich der Arbeit und den Bereich des Wohnens!

Dieser Vergleich lohnt sich in mehrfacher Hinsicht.

Zum einen macht auch der Kampf ums Wohnen Kampfforderungen nötig, die die Kampfbedingungen der arbeitenden Klasse auf ihrem Weg zu ihrem Hauptziel klar verbessern. Angesichts der allgemeinen Tatsache des Privateigentums im Bereich Wohnen insgesamt und den daraus unmittelbar resultierenden gesamtgesellschaftlichen verheerenden Folgen für die Nicht-Wohnungseigentümer

sollten zum anderen die Klassenforderungen darauf ausgerichtet sein, rechtlich/kollektivrechtlich verankert zu werden - über die Organisierung in den Wohnhäusern hinaus.

Die arbeitende Klasse muss sich im Bereich des Wohnens genauso wie im Bereich der Arbeit etablieren.

MITBESTIMMUNGSRECHTE UND MITBESTIMMUNGSORGANE AUCH IM BEREICH DES WOHNENS

Im Bereich der Arbeit verfügt die arbeitende Klasse nicht nur über Individualrechte als einzelne/r Arbeiter*in oder Angestellte*r, sondern auch über Kollektivrechte als soziale Gruppe, bzw. als Klasse und als Belegschaft im Betrieb. Zu den wichtigsten Kollektivrechten der arbeitenden Klasse gehören:

- die Anerkennung und Verankerung ihrer Rechte, sich in kollektiven "Berufs-/Branchenverbänden" (also in Gewerkschaften) zu organisieren sowie Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern, bzw. deren Verbänden zu führen (s. Art. 9 GG oder das Tarifvertragsgesetz (TVG)) und
- die Anerkennung der Kollektivrechte, sich im Betrieb, bzw. in der Dienststelle (eines staatlichen Betriebs) als Belegschaft zu organisieren und kollektive Mitbestimmungsrechte wahrzunehmen, die im Betriebsverfassungsgesetz, bzw. im Bundespersonalvertretungsgesetz und in den Landespersonalvertretungsgesetzen ihren Ausdruck finden.

Die enorme Bedeutung des Rechts auf gewerkschaftliche Organisierung und der durch Streiks erkämpften Tarifverträge für die arbeitende Klasse liegt auf der Hand. Ohne dieses Recht wäre die arbeitende Klasse auf eine bettelnde soziale Masse degradiert. Selbst das keineswegs arbeitnehmer_innenfreundliche Bundesarbeitsgericht (BAG) hat in einem seiner Urteile festgestellt, dass das Zustandekommen von Tarifverträgen "ohne Streiks nichts als „kollektives Betteln“ auf der Arbeitnehmer

wäre. Auch eine wirklich starke Mietenbewegung braucht eine Mieter*innen-Gewerkschaft und das Recht auf Mieter*innen-Gewerkschaften, in denen die kollektive Stärke der Mieter*innen landesweit konzentriert werden kann. In der gegenwärtigen Schwäche der Mietenbewegung wäre es aus unserer Sicht nicht richtig, sich in erster Linie auf eine Strategie und Kampagne für die Gründung bzw. Stärkung der vorhandenen Mieter*innengewerkschaften zu konzentrieren, da

aktuell keine breite und aktive Mietenbewegung da ist, die der Durchsetzbarkeit des Rechts auf Gründung bzw. der Stärkung einer Mieter*innen-Gewerkschaft eine wirkliche Massenwirksamkeit verleihen könnte. Darüber hinaus braucht eine Mieter*innen-Gewerkschaft viele Mitglieder, die auch bereit sind, Mitgliedsbeiträge zu zahlen. In eine solche Organisation würden Mieter*innen aber nur dann zahlreich beitreten, wenn diese von einer breiten Bewegung getragen wird und wenn (demzufolge) die Mieter*innen von der Durchsetzungsfähigkeit der Organisation überzeugt sind.

Bei der Wahrnehmung der Kollektivrechte, die aus dem Betriebsverfassungsgesetz resultieren, stellt sich die Sache anders. Um einen Betriebsrat/ Personalrat (BR/ PR) im jeweiligen einzelnen Betrieb/ in der einzelnen staatlichen Dienststelle zu gründen, braucht die einzelne Belegschaft nicht zwingend eine Organisation, bzw. eine Gewerkschaft und somit auch keine Beitrag zahlenden Mitglieder. Es ist ausreichend, ein*e Mitarbeiter*in, also ein Teil einer Belegschaft/ eines Betriebes kraft des Arbeitsvertrages zu sein. Allein dadurch ist man kraft Betriebsverfassungsgesetz, bzw. der Personalvertretungsgesetze im Besitz des aktiven und passiven Wahlrechts hinsichtlich der Wahl eines Betriebsrats/Personalrats. Das Betriebsverfassungsgesetz gibt jeder Belegschaft mit mindestens fünf ständigen Beschäftigten — mit Ausnahme der Belegschaften in den kirchlichen Betrieben — das Recht, ihre eigene betriebliche und kollektive Interessenvertretung für vier Jahre zu wählen. Entsprechend der Größe des Unternehmens oder Konzerns werden auch übergeordnete Betriebsratsgremien wie z.B. der Gesamt- und Konzernbetriebsrat gewählt, die wiederum entsprechend ihrer Funktion weitere Mitbestimmungsrechte wahrnehmen (Das gleiche bei den Personalvertretungsgesetzen). Darüber hinaus steht es den Arbeitnehmer gesetzlich zu, ihre Interessens-Vertreter in die Unternehmens-Aufsichtsräte zu wählen (Bei den Personalvertretungsgesetzen, bzw. den staatlich Beschäftigten in die Verwaltungsräte). Auch wenn das geltende Betriebsverfassungsgesetz in der BRD hinsichtlich der tatsächlichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer*innenvertretungen stark beschnitten ist, ermöglicht es trotzdem dem BR u.a.

- Betriebsversammlungen durchzuführen,
- Betriebsvereinbarungen mit dem Arbeitgeber“ auszuhandeln,
- Überwachungsrechte wahrzunehmen (z.B. ob „die zugunsten der Arbeitnehmer geltenden Gesetze, Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen durchgeführt werden.“ (Aus: BetrVG)),
- Beschwerden von Arbeitnehmer*innen entgegenzunehmen, beim Arbeitgeber auf Abhilfe hinzuwirken und bei vorhandenem Widerspruch eine Einigungsstelle anzurufen,
- und vor allem verfügt der Betriebsrat über Mitbestimmungsrechte in Bezug auf:

1. Fragen der Ordnung des Betriebs und des Verhaltens der Arbeitnehmer im Betrieb;
2. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen sowie Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage;
3. vorübergehende Verkürzung oder Verlängerung der betriebsüblichen Arbeitszeit;
4. Zeit, Ort und Art der Auszahlung der Arbeitsentgelte;
5. Aufstellung allgemeiner Urlaubsgrundsätze und des Urlaubsplans sowie die Festsetzung der zeitlichen Lage des Urlaubs für einzelne Arbeitnehmer, wenn zwischen dem Arbeitgeber und den beteiligten Arbeitnehmern kein Einverständnis erzielt wird;

6. Einführung und Anwendung von technischen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, das Verhalten oder die Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen;
7. Regelungen über die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie über den Gesundheitsschutz im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften oder der Unfallverhütungsvorschriften;
8. Form, Ausgestaltung und Verwaltung von Sozialeinrichtungen, deren Wirkungsbereich auf den Betrieb, das Unternehmen oder den Konzern beschränkt ist;
9. Zuweisung und Kündigung von Wohnräumen, die den Arbeitnehmern mit Rücksicht auf das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses vermietet werden, vor allem aber das allerwichtigste Mitbestimmungsrecht im Bezug auf die Einführung oder Änderung von Arbeitsmethoden und Arbeitsabläufen.
10. Fragen der betrieblichen Lohngestaltung, insbesondere die Aufstellung von Entlohnungsgrundsätzen und die Einführung und Anwendung von neuen Entlohnungsmethoden sowie deren Änderung
11. Festsetzung der Akkord- und Prämiensätze und vergleichbarer leistungsbezogener Entgelte, einschließlich der Geldfaktoren;
12. Grundsätze über das betriebliche Vorschlagswesen;
13. Grundsätze über die Durchführung von Gruppenarbeit; Gruppenarbeit im Sinne dieser Vorschrift liegt vor, wenn im Rahmen des betrieblichen Arbeitsablaufs eine Gruppe von Arbeitnehmern eine ihr übertragene Gesamtaufgabe im Wesentlichen eigenverantwortlich erledigt;
14. Ausgestaltung von mobiler Arbeit, die mittels Informations- und Kommunikationstechnik erbracht wird.

(2) Kommt eine Einigung über eine Angelegenheit nach Absatz 1 nicht zustande, so entscheidet die Einigungsstelle. Der Spruch der Einigungsstelle ersetzt die Einigung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat.

(s. BetrVG)

Auch bei Einstellungen und Kündigungen hat der Betriebsrat gesetzliche Mitspracherechte.

Damit der Betriebsrat seine Rechte und Pflichten auch tatsächlich wahrnehmen kann, hat die Arbeitgeberseite den BR „rechtzeitig und umfassend“ über die Planung von baulichen und technischen Veränderungen oder Arbeitsverfahren und Arbeitsabläufen oder der Arbeitsplätze zu unterrichten. (s. BetrVG)

Selbst bei dieser eingeschränkten Form des Mitbestimmungsrechts kann ein kämpferischer und belegschaftsorientierter Betriebsrat bzw. Personalrat zugunsten der Gesamtbelegschaft sehr viel durchsetzen und die ständigen Attacken der Arbeitgeberseite gegen die Belegschaft verhindern bzw. abmildern.

Auch die Mieter*innen brauchen — genauso wie die Beschäftigten und Belegschaften in Betrieben und Dienststellen — in den Wohnhäusern kollektive und gesetzlich verbrieft Rechte und kollektive Interessenvertretungen.

Selbst in den “entwickeltesten“ und (noch!) bürgerlich-demokratischen kapitalistisch-imperialistischen Ländern des Westens werden die Mieter*innen ausschließlich auf individuell-

rechtlicher Ebene als Rechtssubjekte anerkannt. Weder landesweite Kollektivrechte noch Kollektiv-Interensensvertretungsorgane der Mieter*innen, da wo sie unmittelbar wohnen und leben, sind in irgendeinem kapitalistischen Land anerkannt. Diese weitgehend entrechtete Lage der Mieter*innen erlaubt den Vermieter*innen, gegenüber den Mieter*innen eine erdrückende Macht auszuüben und die Mieten bei jeder Wohnungsnot weit über die allgemeinen Preissteigerungen hinaus zu erhöhen.

Die erdrückende Macht der Vermieter*innen kann aber ohne Kollektivrechte und ohne Anerkennung von Mitbestimmungsorganen der Mieter*innen nachhaltig weder zurückgedrängt werden, noch kann die Wohnsituation der Mieter*innen deutlich verbessert werden.

MIETENBEWEGUNG UND DER KAMPF UM EIN HAUSVERFASSUNGSRECHT

Aufgrund ihrer langen Herrschaftserfahrungen besitzt die herrschende Klasse ein ausgeprägtes Gespür für mögliche drohende Gefahren. Als der Volksentscheid in Berlin über DWE im September 2021 mit 59,1% zugunsten der “Enteignung“ ausfiel, war die herrschende Politik umgehend bestrebt, sowohl das Ergebnis des Referendums ins Leere laufen zu lassen und auf Zeit zu spielen, als auch die Stärke der Mieter

im Keim zu ersticken. Ein “Reförmchen“ wurde auf den Weg gebracht, das sogenannte “Wohnraumversorgungsgesetz Berlin“, das dann Ende 2023 im Berliner Senat beschlossen wurde. Demzufolge sollten die “Rechte“ der Mieter*innen vorgeblich gestärkt und die “Partizipation“ der Mieter*innen gesetzlich verankert werden. Nichts davon ist wahr. Im Gegenteil, dieses Gesetz dient nur dazu, die Rufe nach wirklichen Mitbestimmungsrechten für Mieter*innen ins Leere laufen zu lassen und zahnlose Alibi-Mieter*innengremien zu installieren.

Die Feigenblatt-Funktion des “Wohnraumversorgungsgesetz Berlin“ wird bereits erkennbar, wenn man sich allein den Wirkungsbereich anschaut. Das Recht auf Gründung von Mieterräten und Mieterbeiräten ist ausschließlich den Mieter*innen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften Berlin vorbehalten. Deren Zahl beläuft sich auf ca. 392.000 Mieter*innen. Die ganz überwiegende Mehrheit der Betroffenen, nämlich die ca. 1,6 Millionen Mieter*innen, die Mietverträge mit privaten oder genossenschaftlichen Vermietern/Wohnungskonzernen abgeschlossen haben, sind dem Wirkbereich des Gesetzes entzogen.

Und darüber hinaus: Selbst die Mieter*innen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, denen das Recht “geschenkt wurde, Mieterräte und Mieterbeiräte wählen zu “dürfen“, besitzen nur ausgesprochen bescheidene und sehr beschränkte Rechte, die sich noch dazu nur auf derartige Rechte beschränken wie das Recht, angehört zu werden oder das Recht, Vorschläge zu machen. Eine Beteiligung an den Entscheidungen oder die sogenannte volle Mitbestimmung über Anhörungsrechte u.ä. hinaus, wie beim Betriebsverfassungsgesetz und den Personalvertretungsgesetzen, die nach einem gescheiterten Einigungsstellenverfahren auch gerichtlich durchsetzbar sind, sind nicht vorgesehen.

Es ist gerade das Gegenteil vom Wohnraumversorgungsgesetz Berlin, was Mieter*innen brauchen — und zwar alle, egal ob in landeseigenen oder privatwirtschaftlichen Wohnungen. Es braucht eine Anerkennung von kollektiven Rechten und eine gesetzliche Verankerung von wirklichen Mitbestimmungsrechten. Die Mieter*innen brauchen ein Hausverfassungsgesetz und Mieterräte, die kraft Gesetz über Mitbestimmungsrechte in allen Miethäusern verfügen.

ENTWICKLUNG EINER WIRKMÄCHTIGEN MIETENBEWEGUNG

Aus unserer Sicht ist es möglich und erforderlich, eine wirkmächtige Mietenbewegung zu entwickeln. Voraussetzung dafür ist unseres Erachtens, dass klar formulierte und von Mieter*innen gut identifizierbare Forderungen in den Mittelpunkt von Aktionsplanungen gestellt werden und eine entsprechend breite Kampagne durchgeführt wird.

Der Mietenwahnsinn – Wo geht er hin? - von Karin

Die Bezeichnung „Mietenwahnsinn“ ist tatsächlich im Plenum entstanden, das die erste große Mietendemo der jüngeren Zeit organisierte. R. hatte die Idee, und sie ergriff das Plenum nach kurzer Abwägung. Auch die Idee zur Demo war einfach entstanden.

Das Bündnis „Zwangsräumung verhindern“, das vor vielen Jahren aus zwei Organisationen heraus entstand – der VV Autonome und dem Notruftelefon „Zwangsumzüge verhindern“ – brauchte diesen Impuls der Betroffenen, und dieser kam von Nuryie.

„Zwangsumzüge verhindern“ (noch nicht Zwangsräumungen) war Bestandteil einer aktivistischen Initiative um Peter Grottian, die bei der Einführung von Hartz IV entstand und später das BlackRockTribunal organisierte. Das Notruftelefon überdauerte aufgrund der Notwendigkeit, dass mit Hartz IV ein großer Bedarf an Aufklärung bestand. Die VV Autonome tagte im NY im Bethanien, nachdem das Gebäude privatisiert werden sollte, die York59 mit massivem Polizeieinsatz geräumt wurde und das Sozialamt im Südflügel wegen Hartz IV auszog – der Südflügel wurde besetzt und später verhandelt. Zu dieser Zeit gab es noch Hausprojekte aus Besetzungen heraus und viele linke Räume.

Diese Geschichte als eine der Wurzeln städtischer Kämpfe ist wichtig, weil sie immer aktivistisch und antikapitalistisch war – jedenfalls im Durchschnitt und im Anspruch, mit kleinen Abweichungen. G8/G20-Razzien, Repression und so weiter.

Das Bündnis „Zwangsräumung verhindern“ hat drei Aspekte:

1. **Die antikapitalistische Erzählung der konkreten Zwangsräumung** – Die Betroffenen atmen auf, denn ihnen wird die vermeintliche Schuld genommen.
2. **Der zivile Ungehorsam** – Wir kämpfen gegen Strukturen, nicht gegen Menschen.
3. **Die solidarische, niedrigschwellige Protestform** – Jede*r findet ihren/seinen Platz, auch hinter der Bullenkette beim Teekochen, und wird dafür gleichermaßen wertgeschätzt.

Nach vielen Jahren hatte das Bündnis das Bedürfnis nach Stadtteilversammlungen. Jemand fragte das SO an – „Bums“, wurde voll. Nach dem Reden ging es raus auf die Straße zur Sponti, die Polizei kam auch. Dann verstetigte sich dieses Format, die Bullen warteten schon. Irgendwann kam jemand auf die Idee, das Katz-und-Maus-Spiel zu beenden, einen Raum in der NY zu reservieren und vielleicht eine Demo zu planen. Es fing ganz einfach an, bekam Zulauf und organisierte sich. Und plötzlich kamen 40.000 Leute – damit hatten wir nicht gerechnet.

Die Geschichte ist interessant, um zu schauen, wo wir heute stehen. Mieter*innenproteste waren eingebettet in Stadtteilkämpfe und in eine antikapitalistische Haltung. Seitdem kämpfen sehr viele Mieter*innen um ihr Zuhause, organisierten ihr Haus und suchten nach Lücken im Gesetz. So schön und fein für sie. Gleichzeitig nahm die Obdachlosigkeit zu, und es ist unerträglich, wie die Verwahrlosung von Menschen auf der Straße zunimmt. Aktivistisch ist das kaum noch kompatibel. Es braucht wirklich zahlreiche Angebote. Es gibt jedoch keine menschenwürdigen Angebote, und vor allem keine Orte für psychisch kranke obdachlose Menschen. Sie werden zur Projektionsfläche für alles, was diese Gesellschaft bereits sozialrassistisch vorbereitet hat: Der Wert eines Menschen bemisst sich nach seiner Verwertbarkeit für das Kapital, und du bist selbst schuld, wenn du dich nicht empowerst.

Dann die Idee: „Wir enteignen mit deiner Unterschrift“ – hat nicht geklappt. Die Mieterin an sich ist noch keine politische Person. Ja, wir wohnen, und je nach Möglichkeit können wir uns selbst darum kümmern. Aber wir schreiben gern in Flyern bei der Mobilisierung gegen eine Zwangsräumung: *„Solange die Wohnung eine Ware ist, ist das Menschenrecht auf Wohnen nicht durchsetzbar!“*

Und der Kapitalismus ist längst weitergegangen. Die Finanzialisierung des Wohnungsmarktes und die Privatisierung aller Elemente eines ehemaligen Gemeinwesens der Stadt machen das städtische Wohnen zur Klassenfrage. Die illegalen Arbeiter*innen halten die Stadt am Laufen, gleichzeitig scheint die Migration das wichtigste Problem für die bürgerliche Welt zu sein. Aus diesem Widerspruch kommt der Kapitalismus nicht heraus. Der tendenzielle Fall der Profitrate und die Nation als Säule der räumlichen Form, wie sich Kapital organisiert und geopolitische Kämpfe führt, werden weiter Rassismus, Kriege und Ausbeutung als Bewegungsformen des Kapitals zuspitzen.

Eine mietenpolitische Bewegung kann sich heute nur als antikapitalistische Bewegung organisieren. Das ist nicht so schwer, denn es liegt ja alles auf dem Tisch: Trump spricht für sich und ausschließlich für das Kapital und zeigt zugleich diese Degenerierung. Deutschland wird ab März von BlackRock regiert – das sind die, die auf Gewinne und Verluste gleichzeitig setzen und immer Profite abfassen.

Die Mieter*innenbewegung muss raus aus der Kuschelzone, wenn sie nicht als Selbsthilfegruppe mit Rechtskompetenz enden möchte. Aber rechtlich wird man den Gesetzen des Raubtierkapitalismus nicht beikommen – auch nicht moralisch.

Was steht an?

Wir müssen zu grundlegenden politischen Fragen eine gemeinsame Haltung entwickeln. Auch wenn wir selbst noch nach Hause gehen können und unsere Wohnverhältnisse langfristig abgesichert haben oder aufgrund unseres sozialen und kulturellen Kapitals immer nach kleinen Nischen suchen können – und diese auch finden – sind wir solidarisch mit den Obdachlosen, Migrant*innen und anderen, und können diese Solidarität auch erklären.

Der Mietenwahnsinn ordnet sich in den Sozialabbau ein. Der ist die Kehrseite der kapitalförmigen Stadtentwicklung für Reiche, die Kriege führen, um ihre Pfründe zu sichern.

Seit wann übernehmen wir die Staatsräson?

Im Krieg in der Ukraine werden nicht „unsere“ Werte verteidigt. Glaubt ihr wirklich, „die Russen wollen Krieg“? Wir vermenschlichen keine nationalen Interessen, indem wir die Menschen anderer Nationen entmenschlichen. Wir sind keine Antisemiten, wenn wir Netanyahu gewähren lassen.

Amnesty International hat vor 20 Jahren begonnen, für die Durchsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte kriegerische Handlungen als legitim anzusehen. Heute sind die Grünen Kriegstreiber und wollen über ökonomische Hebel das Klima retten – kein Kommentar.

Die Mieter*innenbewegung kann als soziale Bewegung mit antikapitalistischer Haltung gerade im Wahlkampf Interessen vertreten, die zukunftsweisend sind und verbinden, z.B. gegen Sozialabbau und Aufrüstung. Die Kraft kann dann in der Vielfalt liegen. Der Hebel ist die Vielfalt – von solidarischer Landwirtschaft bis zu kleinen Wärmestuben und Kiezkommunen, von symbolischen und realen Besetzungen als Mundraub für Mieter*innen.

Vielleicht braucht es auch mehr Bildung von unten. Bildung von unten heißt, Themen anzubieten, um sie zu diskutieren und unsere unterschiedlichen Zugänge zu gesellschaftlichen Ereignissen sichtbar zu machen. Bildung heißt aber auch, den Charakter gesellschaftlicher Verhältnisse zu durchdringen.

Eine mietenpolitische Bewegung muss den Anspruch haben, über den Kapitalismus hinauzuweisen, emanzipatorische Elemente zu entwickeln – das sind die der internationalen Solidarität als Gegenmacht zum internationalen Kapital.

Aktionsidee Herbst 2024 von MIMO

Mieteraktion Infostände

Solange die Ganovia weiß, dass wir Mieter uns nicht wehren, nimmt sie uns auch nicht für voll und wird alle möglichen und gerne auch unrechtmäßigen oder zumindest unmoralischen Methoden ungestraft weiterhin einsetzen, um uns zu zermürben und uns das Geld aus der Tasche zu ziehen. Wenn wir das verhindern wollen, dann müssen wir viele werden – viele, die aufstehen, sich engagieren und mit denen wir ein festes Netz knüpfen können. Aber die immerwährende Frage lautet: Wie werden wir viele? Viele Nachbarn sind bereits mit ihrem normalen Leben komplett überfordert (alleinerziehend, pflegebedürftig, körperlich/seelisch krank, ...). Aber es gibt auch noch andere, und die gilt es zu finden und für Aktionen zu akquirieren. Und ggf. gesunden die Menschen auch wieder, wenn sie sich uns anschließen, ins Handeln kommen und wieder Handlungskompetenz fühlen bzw. zurückgewinnen.

Die Wohnungskonzerne haben sehr hungrige Aktionäre, die sie finanziell immer wieder befriedigen müssen – bis irgendwann mal alles zusammenbricht. Deshalb wird der Leidensdruck bei den Mietern zukünftig auch weiter steigen, weil sie immer mehr zur Kasse gebeten werden. Für viele ist das eine existenzielle Frage und für diese Menschen gibt es nur zwei Möglichkeiten:

- Aufgeben und untergehen oder
- Sich zusammenschließen und gemeinsam aufstehen.

Wir sind viele, aber wir müssen auch gemeinsam und koordiniert agieren. Nur dann haben wir eine Chance, wirklich Großes zu bewegen. Das ist aufwändig und anstrengend, macht aber auch Spaß, solidarisiert und ist der einzige Weg zum Erfolg, den ich sehen kann.

Idee:

Wie bei Fridays for Future sollten wir regelmäßig an Frei- und Samstagen (vielleicht 1x im Monat) Infostände vor Supermärkten im Kiez großer Wohnungsunternehmen aufstellen und diese Aktionen auch von der Presse begleiten lassen. Wir haben bereits sehr viel Infomaterial zu den verschiedensten Themen (Prüfung NKA und HKA, Belegprüfung, Mieterhöhung, Gründung einer Mieterinitiative, etc. – Näheres siehe unten) produziert, was interessierten Nachbarn mit dem Hinweis, dass dies ausschließlich Hilfe zur Selbsthilfe darstellt, im Gespräch ausgehändigt werden kann.

Ziele dieser Aktion sollten aus meiner Sicht folgende sein:

- Informationen für möglichst viele Mieter großer Wohnungskonzerne, die sie ermächtigen, bei der nächsten Nebenkostenabrechnung, Mieterhöhung oder bei Mietmängeln souverän zu reagieren (in Form von Handouts).
- Mieter sollten auf die Gefahren hingewiesen werden, die auf uns warten, wenn wir nichts tun (Artikel-Medley oder digitale Link-Sammlung verschiedenster Pressevideos zum Thema).
- Mieter sollten dadurch motiviert werden, sich in ihren Kiezen zusammenzuschließen und sich dann auch berlinweit zu vernetzen (also mit uns!).

- Mieter sollten darüber aufgeklärt werden, eine Rechtsschutzversicherung abzuschließen oder sich einem Mieterverein anzuschließen (und worauf sie dabei achten sollten). (Das ist zwar erfahrungsgemäß nicht der Weisheit letzter Schluss, aber dennoch wichtig.)
-

Aufbau der Infostände:

- Ein Faltpavillon mit vielen ansprechenden, bunten Schildern, die schon von weitem erkennen lassen, um was es bei diesem Stand geht. Dann kommen die Mieter von allein zu dem Stand. (Wenn das nicht ersichtlich ist, denken die Leute, dass man ihnen womöglich eine Versicherung aufquatschen oder eine Dauerspende abluchsen will, was eher den Fluchtinstinkt der Menschen anregt).

Diese Stände sollten an einem Freitag und/oder Samstag vor einem Supermarkt (und natürlich mit dessen Genehmigung) mitten im Kiez aufgebaut werden. (Penny, Aldi, Lidl ...)

An jedem dieser Stände sollten stets 3 Freiwillige stehen, die die Leute ansprechen bzw. für diese ansprechbar sind und Informationsmaterial verteilen.

Informationsmaterial stelle ich mir zu folgenden Themen vor:

- Handout zur Überprüfung einer Nebenkostenabrechnung
 - Wie kann man gemeinsam kollektiv oder auch gemeinsam individuell gegen eine Nebenkostenabrechnung vorgehen?
 - Zahlen unter Vorbehalt versus Zahlungszurückbehaltungsrecht
 - Wie überprüfe ich eine Mieterhöhung nach dem neuen Mietenspiegel?
 - Flyer zur Mietpreisbremse
 - Was ist der Unterschied zwischen dem Mietenspiegel und der Mietpreisbremse bzw. wann wende ich was an? Und wie gehe ich vor?
 - Mietmängel? Was kann ich tun?
 - Wir wollen eine Mieterinitiative gründen! Was sind die ersten Schritte?
 - Volksentscheid DWE – die nächste Runde steht an (Infos zu den Hintergründen von DWE)
-

Pressebegleitung der Aktion:

Mit der wichtigste Punkt dieser ganzen Aktion!!!

Der rbb, aber vielleicht auch die Tagesschau, sollten darüber berichten.

Engagierte Politiker könnten ebenfalls auf die Aktion hinweisen und dafür „Werbung“ machen oder was Politiker halt so machen.

Das gesamte Infomaterial sollten wir auf einer Homepage zum kostenlosen Download posten und dafür QR-Codes verteilen.

Vielleicht finden wir einen Schirmherren und/oder eine Stiftung für diese Aktion.

Vorteile dieser Info-Stände im Vergleich zu Haustürgesprächen:

- Die Nachbarn kommen zu dem Info-Stand und werden nicht zu Hause „belästigt“.
 - Wir als Aktivisten sind nicht die „Bittsteller“ an der Tür, sondern die Leute wollen von uns wichtige Informationen bekommen und sie können selbst entscheiden, ob sie zu dem Stand kommen wollen oder nicht. Die meisten sind aber erst einmal neugierig und wollen „nur mal schauen“. Diese zurückhaltenden Menschen würde man an der Tür eher verschrecken, weil sie sich dort womöglich bedrängt fühlen.
 - Die ganze Atmosphäre an einem Stand ist viel lockerer als an der Haustür.
 - Man erreicht deutlich mehr Menschen, als wenn man überall klingeln muss und immer wieder von vorne mit seinem Text anfängt. An einem Stand können sich mehrere Menschen gleichzeitig am Gespräch beteiligen.
 - Diese Infostände sind pressewirksam nach außen, Haustürgespräche sind eher zurückhaltend und eine stille Aktion.
-

Fazit:

Nur wenn wir viele werden, haben wir auch Einfluss auf die Politik und werden von den „hohen Herren“ vielleicht mal wirklich wahrgenommen. Denkt nur an die Montagsdemos in der DDR, die letztendlich das System gekippt haben. Wenn wir hier keine in rechtmäßigen Bahnen verlaufende „Revolution“ anzetteln, landen wir alle früher oder später in der Armut, denn die Reichen dieser Welt kennen keine Gnade in ihrer Gier.

Also, was haltet Ihr von dieser Idee??? Ich bin gespannt auf Euer Feedback.